In Deutschland herrscht noch zum großen Teil das Junkertum, aber trotzdem hat unser Kapitalismus in mancher Beziehung schon den Englands überflügelt. Die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete beweisen uns, daß unsere sozialistische Gesellschaft ganz leicht zu leiten sein wird. Der Direktor des Stahlwerksverbandes erzählt, daß es in einer Nacht gelungen ist, die Organisation herzustellen, und nicht einmal mit Fachleuten, sondern mit Schustern und Schneidern. Wenn das möglich war, dann dürfen wir wohl hoffen, daß es mit unserer sozialistischen Gesellschaft noch besser gehen wird. Wir müssen Auge und Ohr offen halten, wir sehen die rapide wirtschaftliche Entwickelung, wir sehen, wie alles durcheinander gewürfelt wird, was früher fest war. Da heißt es, die Kräfte zusammenfassen, um den Wuchertarif zu bekämpfen, um die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse abzuschlagen. Wir müssen darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Entwickelung darauf hinausläuft, auch die letzten Machtmittel des Kapitalismus zu erschöpfen, daß der Kapitalismus mit Riesenschritten dahin gelangt, daß lediglich noch eine Expropriation der Expropriateure nötig ist. Da heißt es, die Arbeiterklasse aufzuklären, daß sie einig in der Agitations- und Organisationsarbeit sein muß. Ist das ernste Bestreben vorhanden und herrscht Einigkeit, dann werden wir gerade in der gegenwärtigen Zeit Fortschritte machen können wie zu keiner anderen Zeit; denn die politische und wirtschaftliche Situation ist uns so günstig wie nie zuvor. In wenigen Jahren muß sich die Mitgliederzahl der Partei verdoppeln lassen. Wenn der ernste Wille vorhanden ist, dann muß auch das Ziel erreicht werden. (Lebhafter Beifall.)

Bevor der Parteitag die weiteren Berichte entgegennimmt, begrüßt

Singer den als Gast anwesenden Genossen Nemecz-Prag. Nemecz ist unseren Parteitagen kein Fremder, wir haben schon wiederholt die Freude gehabt, ihn unter uns weilen zu sehen und heißen ihn auch heute herzlich willkommen. (Beifall).

Singer teilt weiter mit, daß an Stelle der zurückgezogenen Resolution betr. die Fleischnot eine andere vom Parteivorstand und einigen Genossen beantragte Resolution Nummer 146 vorliegt und daß ein Amendement Bernstein und Genossen zur Friedensresolution des Parteivorstandes sich im Druck befindet.

Hierauf erstattet den

Kassenbericht

Gerisch-Berlin. Als wir im vorigen Jahre unter ganz besonders günstigen Bedingungen bei einer Einnahme von über 600 000 M. den günstigsten Kassenabschluß erzielt hatten, den wir bisher zu erreichen vermochten, lag die Befürchtung nahe, wir könnten vielleicht die Parteifinanzen nicht auf dieser Höhe halten, es könnte ein Rückschritt eintreten. Aber trotzdem unsere Genossen im vorigen Jahre auch sonst in gewaltiger Weise in Anspruch genommen wurden durch Sammlungen, die die Partei selbst einleitete, oder durch Sammlungen der Gewerkschaften, die sich aber immer an dieselbe Arbeiterklasse wandten, weisen unsere Einnahmen bei über 700 000 M. gegen das Vorjahr wiederum eine Steigerung von über 100 000 M. auf. (Beifall.) Das ist ein Beweis der äußeren Ausdehnung und der inneren Festigung unserer Partei. Dieser so überaus günstige Kassenabschluß hat denn auch den hellen Neid unserer Gegner erregt. Die „Freie Deutsche Presse" hat einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Finanzen gebracht, und man spürt es beim Lesen, wie den freisinnigen Herren das Wasser im Munde zusammenläuft vor Appetit nach ebensolchen Finanzen. (Heiterkeit.) Es heißt darin, der sozialdemokratische Finanzminister habe mehrfach dekretiert, es geht nicht an, daß wir in Friedensjahren mit Reserven arbeiten, und von Stunde an sei es anders geworden. Der Artikel klingt aus in die Mahnung an die freisinnige Partei: Gehet hin und tut desgleichen! Ja, damit wird es gewiß gute Wege haben, ehe eine

absterbende Partei mit solchen Resultaten aufwarten kann, wie wir es zu unserer Freude können. Aber so hohes Lob uns auch von den Gegnern zuteil wird, so ist doch unsere Finanzgebarung nicht von Fehlern frei. Neben Parteiorganisationen, die geradezu Großartiges geleistet haben, wie Berlin und Leipzig, gibt es Kreise, die nicht entfernt ihre Schuldigkeit tun. Ja, selbst große Wahlkreise mit reichen Mitteln und großen Reserven liefern auch nicht einen Pfennig an die Gesamtpartei ab, während unsere ärmsten Genossen aus den Weberdörfern des Eulengebirges sich durch eine geradezu rührende Opferwilligkeit auszeichnen. Wir haben uns darüber oft unterhalten, und es lohnt sich nicht, noch ein Wort darüber zu verlieren, denn wir sind ja eben dabei, durch Aenderung der Organisation Wandel zu schaffen. Hoffentlich wird der Erfolg der neuen Organisation der sein, daß unser Kassenabschluß im nächsten Jahre ein nach allen Richtungen hin zufriedenstellendes Bild gibt und die „Freie Deutsche Presse" in die Lage kommt, noch schönere Leitartikel über unsere Finanzen zu bringen. (Beifall.)

Neben den Finanzen haben wir in der Verbreitung und den Einnahmen unserer Parteipresse den sichersten und besten Gradmesser für den Stand unserer Bewegung, und da freut es mich, daß ich gerade in bezug auf diese sehr wichtige Frage ebenso günstiges mitzuteilen in der Lage bin. Im vorigen Jahre in Bremen mußte ich erklären, daß 15 Organe zusammen über 8000 Abonnenten verloren hatten. Diesmal ist die Zahl der Organe, die Verluste zu verzeichnen haben, auf 5 zurückgegangen, und die Zahl der verloren gegangenen Abonnenten auf 2100. Unter diesen Orten befindet sich auch einer unserer ältesten Parteiorte, von dem man solche Verluste nicht erwarten sollte. Da dieser Parteiort, obwohl er schon seit langen Jahren im Reichstage sozialdemokratisch vertreten ist, auch in der diesjährigen tabellarischen Uebersicht durch Nichtanwesenheit glänzt, so wird vielleicht dem neuen Parteivorstand die Verpflichtung erwachsen, einmal nach dem Rechten zu sehen und der dortigen Parteigenossenschaft gehörig auf das Dach zu steigen. (Sehr wahr!) Die übrigen Verluste bedeuten nichts, sie sind als Augenblickserscheinungen zu bewerten. Sämtliche anderen Parteiblätter haben an Abonnenten gewonnen, gegenwärtig beläuft sich der Abonnentenstand auf 679 152; gegenüber dem im vorigen Jahre ermittelten Stande von 620 282 bedeutet das einen Gewinn von 58 870, während im Vorjahre der Gewinn nur 47 380 betrug. Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß in der angeführten Abonnentenziffer die Abonnenten und Leser derjenigen Blätter, die in längeren Zwischenräumen erscheinen, wie die „Fackel", die „Morgenröte", der „Wegweiser", der „Landbote", der „Bauernfreund" usw. nicht mit einbegriffen sind; die laufen also noch nebenher. Die Einnahmen sind entsprechend gewachsen. Die Eingänge aus Abonnements haben im letzten Jahre die vierte Million stark überschritten, sie betrugen rund 4 151 000 M. Ebenso sind die Inseratenein nahmen gestiegen auf 2 537 000 M.

So ist durchweg eine günstige Entwicklung zu konstatieren. Mögen Sie sich das als Ansporn dienen lassen, auch im neuen Jahre ununterbrochen bei jeder Gelegenheit und auch unter ungünstigen Umständen für unsere Parteipresse tätig zu sein. Vielleicht wird es auf dem nächsten Parteitage möglich sein, zu konstatieren: keinerlei Verlust, sondern Gewinn auf der ganzen Linie. (Bravo!)

Den

Bericht der Kontrollkommission

erstattet

Meister-Hannover: Mein Bericht wird erfreulicherweise ebenso kurz sein können, wie der meines Vorredners. Die Kontrollkommission hat zunächst über einige besondere Fälle zu entscheiden gehabt. Gleich nach Schluß des Bremer Parteitages erhoben die Genossen Jacobsen und Wolff in Berlin Beschwerde gegen den Vorstand dahin, daß er versäumt habe, ihm eingereichte Anträge zum Bremer Parteitage zur Verhandlung gelangen zu lassen. Nach Kenntnisnahme

von dem Inhalt der Anträge haben wir uns überzeugt, daß der Vorstand korrekt gehandelt und daß eine Beeinträchtigung der Genossen nicht stattgefunden hat. Wir haben daher die Beschwerde zurückgewiesen. — Weiter erhob der Genosse Schilling in Dortmund Beschwerde gegen die Leitung des dortigen Wahlvereins, die ihn nach seiner Meinung unberechtigterweise ausgeschlossen habe. Die uns eingereichten Akten ergaben aber, daß dieser Ausschluß voll berechtigt war, weil Schilling als Parteifunktionär bei der Wahl zum Schaden der Partei sich Uebervorteilungen zu seinen Gunsten erlaubt hatte. Der Genosse Westphal in Danzig führte gleichfalls gegen ein in Danzig unter dem Vorsitz Molkenbuhrs stattgehabtes Schiedsgericht Beschwerde, das ihn zwar nicht wie es beantragt war, ausgeschlossen hatte, das es aber im Interesse der Partei und im Interesse Westphals für wünschenswert erklärt hatte, daß Westphal sich im Bezirk Danzig zwei Jahre lang jedweder öffentlichen Parteitätigkeit enthalte. Die Kontrollkommission gelangte zu demselben Resultat wie das Schiedsgericht, und zwar nach Prüfung der uns vorgelegten Akten und nach mündlicher Vernehmung Molkenbuhrs. Westphal stellte uns in Aussicht, daß, wenn seine Appellation an die Kontrollkommission für ihn nicht das wünschenswerte Resultat zeitigen würde, er die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Wir mußten es darauf ankommen lassen, Westphal diesen Weg offen zu lassen. Die Parteiverhältnisse in Danzig, die ohnehin recht viel zu wünschen übrig lassen — was freilich nicht an den Parteigenossen am Orte liegt — machten diese Entscheidung notwendig. Eine Beschwerde des Genossen Albert gegen den Vorstand wegen Verweigerung eines Schiedsgerichts wurde ohne Eingreifen der Kontrollkommission dadurch erledigt, daß der Vorstand sich mit Albert verständigte und das Schiedsgericht stattfand. — Der Genosse Siebel in Dortmund legte Protest gegen seinen Ausschluß aus dem dortigen Wahlverein bei der Kontrollkommission ein. Er legte dar, daß der einzige Grund, der nach seiner Meinung für den Beschluß der dortigen Genossen maßgebend gewesen sei, darin lag, daß er unliebsame Vorkommnisse in der Tätigkeit einzelner Parteigenossen wiederholt öffentlich erörtert habe. Die Genossen am Orte aber machten ihm vor allem zum Vorwurf, daß er zur Veröffentlichung seiner Ansichten über die früheren Zustände in der Partei die gegnerische Presse benutzt habe. Der Genosse hatte ein Schiedsgericht bei der dortigen Parteileitung beantragt, das ihm verweigert wurde. Wir verwiesen ihn auf den durch das Organisationsstatut vorgeschriebenen Weg, zunächst ein Schiedsgericht beim Parteivorstande zu beantragen.

Ebenso beschwerte sich der Genosse Gindorf in Mannheim gegen den über ihn verfügten Ausschluß aus der Partei. Der Fall lag ähnlich wie der Bielefelder in Bremen verhandelte Fall. Der Genosse sollte bei einem Streik nicht die Haltung einnehmen haben, wie man sie von einem Parteigenossen erwarten konnte. Die Kontrollkommission kam einstimmig zu der Ueberzeugung, daß dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen sei. Er hat bewiesen, daß es durchaus nicht in seiner Absicht lag, das Odium des Streikbrechers auf sich zu laden; er hat vielmehr wochenlang arbeitslos in bitterster Not ohne einen Pfennig Unterstützung ausgehalten. Dann ist durch Schicksalsschläge in seiner Familie seine Lage in finanzieller Beziehung noch verschlimmert worden und er hat sich dann an den Schneiderverband gewandt mit der Bitte, bei etwa vorkommender Arbeitsgelegenheit ihn zunächst zu berücksichtigen. Als diese Gelegenheit gegeben war, ging er hin, um sie für sich in Anspruch zu nehmen, fand aber, daß entgegen dem Versprechen, das ihm vom Vorstand der dortigen Filiale des Schneiderverbandes gegeben war, ein anderer, der sich in einer weniger mißlichen Lage befunden hatte, ihm vorgezogen war. Die Kommission gelangte wie gesagt, einstimmig zu der Ansicht, daß diesem Genossen Unrecht geschehen sei. Er legte auch besonderen Wert darauf — was z. B. bei Schilling nicht der Fall war, daß seine Parteiehre wieder hergestellt werde und wir kamen einstimmig diesem Wunsche willfahren. Leider ist durch die Krankheit

Geeks, der Schriftführer dabei war, die Ausfertigung der Begründung dieses Beschlusses der Kontrollkommission bis jetzt unterblieben. Der Bescheid aber ist sowohl ihm wie dem Vorstand des Wahlvereins zugegangen. Im übrigen haben wir uns mit einem Schmerzenskinde zu befassen gehabt, mit der Angelegenheit Mülhausen, die zu unserem Leidwesen sich so lange hingeschleppt hat. Wir stellten uns von vornherein auf den Standpunkt, daß der Oeffentlichkeit Rechnung getragen werden müsse. Genosse Emmel wurde veranlaßt, die Klage gegen seine Beleidiger anzustrengen. Es geschah, aber die Beleidiger wurden freigesprochen und Emmel war verurteilt. Wir veranlaßten Emmel zu einer Selbstdenunziation. Sie wurde zuerst abgewiesen, auf eine Beschwerde hin kam es aber doch zu einem Strafverfahren gegen Emmel. Im Urteil ist Emmel von der Beschuldigung des Betruges glänzend freigesprochen worden. Nun war die Kontrollkommission endlich in der Lage, eine Entscheidung zu fällen Ich habe den Auftrag, sie Ihnen im folgenden zu unterbreiten, da wir nicht sicher sind, daß die Sache damit ihren Abschluß gefunden hat. Die Entscheidung lautet:

„Die leidige Mülhauser Angelegenheit, die uns bereits in Dresden, ganz besonders aber voriges Jahr in Bremen beschäftigte, ist endlich zum Abschlusse gelangt. Vom Arbeiterwahlverein in Mülhausen i. Els. war seinerzeit der Antrag gestellt worden, die bereits aus dem Wahlverein ausgeschlossenen Parteigenossen Hermann Weißbecher, Josef Nußbaumer, Jakob Haug, Josef Lichtenauer und Alphons Wianni aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen.

Das in dieser Sache vom Parteivorstande eingesetzte Schiedsgericht entsprach in seinem am 18. Oktober 1903 in Mülhausen i. E. gefällten Urteile dem Ausschlußantrage nur bezüglich Weißbechers und Nußbaumers, lehnte ihn aber bezüglich der drei anderen Angeklagten ab, diesen nur eine ernste Rüge wegen ihres das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens erteilend. Gleichzeitig legte das Schiedsgericht dem Parteigenossen Emmel die Verpflichtung auf, im Interesse der Partei gegen Weißbecher und die „Landeszeitung" Beleidigungsklage zu erheben.

Der Parteigenosse Emmel, der von Weißbecher in der „Oberelsässischen Landeszeitung" des Betruges bezichtigt worden war, kam, als dieser Vorwurf erneut gegen ihn erhoben wurde, der ihm auferlegten Verpflichtung nach, indem er die Beleidigungsklage anstrengte. Er verlor diesen Prozeß, weil die Richter für die Behauptung, daß Emmel einen Betrug verübt habe, den Beweis der Wahrheit als erbracht ansahen.

In diesem Verfahren befand sich aber der Parteigenosse insofern in einem schweren Nachteile, als die beiden gegen ihn auftretenden Belastungszeugen an dem Ausgange des Prozesses im höchsten Maße materiell interessirt waren.

Nachdem das Verfahren vor den Zivilgerichten zu seinen Ungunsten ausgegangen war, reichte Genosse Emmel bei der Staatsanwaltschaft eine Selbstdenunziation wegen Betruges ein. Die Staatsanwaltschaft lehnte zunächst ein Einschreiten ab, leitete jedoch auf erhobene Beschwerde Emmels gegen diesen das Strafverfahren wegen Betruges ein. Im Strafprozeß gelang es nun Emmel, das Zeugnis der beiden Belastungszeugen so vollständig zu erschüttern, daß die Strafkammer des Landgerichts zu Saargemünd ihn am 5. Juli dieses Jahres von der Anklage des Betruges völlig freisprach. Damit mußte Genosse Emmel von dem Verdachte, den Betrug verübt zu haben, als gereinigt angesehen werden.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts hatten seinerzeit sowohl die beiden Ausgeschlossenen wie auch der Arbeiterwahlverein Berufung bei der Kontrollkommission eingelegt, die ihre Entscheidung jedoch bis zum völligen Austrag des Zivil- und später bis zum Ausgang des Strafprozesses aussetzte. Nach

Beendigung des Strafprozesses hat die Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 16. September dieses Jahres beide Berufungen verworfen und das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Oktober 1903 mit Ausschluß des gegen Emmel gerichteten und inzwischen erledigten Teiles bestätigt.

Im Parteiinteresse wäre zu wünschen, daß damit in die Mülhauser Parteigenossen wieder Ordnung und Ruhe einkehrte; nicht minder wünschenswert ist es, daß der Parteigenosse Emmel sich für die Folge keiner so groben Verstöße mehr gegen die Parteidisziplin schuldig macht, die mit verhältnismäßig großen Opfern für die Partei verbunden waren und fernerhin Handlungen unterläßt, die in der Kontrollkommission bereits zur Erörterung der Frage führten, ob sie nicht mit dem Ausschluß aus der Partei zu bestrafen wären. Gaben diese Vorkommnisse doch schon dem Parteitag in Bremen Anlaß, dem Genossen Emmel sowohl wie den im Mülhausener Wahlverein organisierten Genossen einen scharfen Tadel auszusprechen."

Hoffentlich ist die unleidliche Sache damit aus der Welt geschafft. Aber wie mir bereits mitgeteilt ist, beabsichtigt Emmel, ein Schiedsgericht gegen sich zu beantragen. Sollte es geschehen, so ist die Kontrollkommission bereit, ihre Entscheidung vor dem Schiedsgericht zu vertreten. Wir glauben aber, es wäre im allgemeinen Parteiinteresse wie auch im persönlichen Interesse des Parteigenossen Emmel wünschenswert, wenn die Sache mit unserer Entscheidung erledigt sein möchte.

Im übrigen haben wir die uns überwiesenen Revisionen vorgenommen und keine Monita zu ziehen gehabt. Diesmal haben wir die Revision auch auf das in Parteiverwaltung übergegangene Geschäft von Dietz ausgedehnt und wir können von diesem so gut wie von dem Berliner Parteigeschäft feststellen, daß wir alles korrekt und in bester Ordnung gefunden haben. Wir haben außer dem regelmäßigen Kassengeschäft auch eine Revision der für den Bergarbeiterstreik eingegangenen Gelder und der Sammlungen für die Opfer des Zarismus vorgenommen und auch dort war nichts zu monieren. Nur konstatieren muß ich, daß dem Kassierer eine ganz ungeheuere Arbeit erwachsen ist und daß es der ganzen Kraft Gerischs bedurfte, um das ungeheuere Material zu bewältigen. Aus den Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, ist ein Antrag der Kontrollkommission an Sie erwachsen: Aus dem ganzen Geschäftsgang haben wir festgestellt, daß der Vorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht alles leisten kann, weil es über seine Kräfte hinausgeht. Aus dem erfreulichen Kassenbericht, den unser Finanzminister Exzellenz (Heiterkeit) Ihnen vorgelegt hat, können Sie das außerordentliche Anwachsen der Arbeit am besten beurteilen, zumal Gerisch auch noch eine außerordentlich große Arbeit außerhalb Berlins entfalten muß. Wir bitten Sie deshalb, zu genehmigen, nicht daß der Parteivorstand, wie Kautsky will, zu einem Sammelsurium gemacht wird, wohl aber, daß er um eine Person vermehrt wird, die voll und ganz als besoldeter Beamter tätig zu sein hätte. Der Reorganisationsvorschlag Kautskys wird nach unserer Auffassung wenig Anklang finden; wir halten ihn auch nicht für wünschenswert, wohl aber, daß ein weiterer Sekretär dem Vorstande angegliedert wird. Vielleicht macht auch die Organisationskommission einen dahingehenden Vorschlag. Wir glaubten aber, unbekümmert darum Ihnen unsere Intentionen bekannt geben zu müssen.

Ich habe den Auftrag, zu beantragen, daß dem Gesamtvorstande bezüglich seiner Tätigkeit nach allen Richtungen hin Decharge erteilt wird.

Vor drei Jahren hatten wir leider den Verlust eines unserer besten Genossen und eines der tätigsten Mitglieder der Kontrollkommission, den Tod des Genossen Metzner zu beklagen. Leider haben wir auch in diesem Jahre den Verlust des Berliner Genossen Pfarr zu bedauern. Pfarr war der Ersatzmann Metzners, er war in die Kontrollkommission durch Ihr Vertrauen berufen worden; leider ist auch er ihr durch plötzlichen Tod entrissen worden. Die Berliner Genossen haben Pfarr jederzeit als einen ihrer ältesten und besten Genossen betrachtet. Jedem Parteigenossen ist er mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden. Sein Tod war ein harter Verlust für Berlin. Seine Tätigkeit, die er für die Partei und besonders für Berlin entfaltet hat, wird dafür sorgen, daß ihm ein Andenken und ewige Dankbarkeit in der Partei gewahrt bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Singer: Ich darf wohl feststellen, daß der Parteitag das schmerzliche Bedauern über den Verlust des Genossen Pfarr teilt, dem Genosse Meister, wofür wir ihm dankbar sein müssen, soeben Ausdruck gegeben hat. Ich bitte den Parteitag, zum Zeichen der Zustimmung zu Meisters Worten sich von seinen Sitzen zu erheben. (Das geschieht.)

Die Debatte über die vorliegenden Anträge und den Antrag auf Dechargeerteilung wird eröffnet.

Craß-Hanau: Im Bericht ist auf eine Beschwerde aus Hanau Bezug genommen, wo nach einem Referat Hochs es verurteilt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung über die Handelsverträge so mangelhaft vertreten war. Wir halten es für die Pflicht unserer Abgeordneten, bei so wichtigen Momenten auf dem Platze zu sein. Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages fehlten aber 39 unserer Abgeordneten; davon war einer krank und drei beurlaubt. Unter den Fehlenden befanden sich auch sieben in Berlin wohnende Abgeordnete. Monatelang haben die Arbeiter den Kampf gegen die Handelsverträge geführt und eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und da versagen unsere Abgeordneten. (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Sie können diese Ausführungen besser an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit anschließen.

Craß: Ich habe bereits gesagt, was ich zu sagen hatte.

Friedrich-Darmstadt: Ich möchte nur einige Worte zur Darmstädter Gemeinderatswahl sagen. Es darf auch nicht der Schein entstehen, als hätten wir bei den Darmstädter Gemeindewahlen einen taktischen oder gar prinzipiellen Fehler begangen. Molkenbuhr hat sich zwar bis zu einem gewissen Grade rektifiziert, es ist aber doch noch einiges übrig geblieben. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch Kompromisse Mandate nicht erobert werden dürfen. Wir haben auch niemals ein Kompromiß geschlossen. Ein Kompromiß liegt nach meiner Auffassung vor, wenn die vertragschließenden Parteien sich so verschmelzen, daß bei der Abstimmung die einzelnen Parteien ihre Stimmen nicht zählen können. Bei uns ist das nie der Fall gewesen. Aber es gibt taktische Erscheinungen, die nicht von Berlin aus beurteilt werden können. In Darmstadt sind all unsere politischen Maßnahmen darauf gerichtet, die nationalliberale Partei möglichst zu schwächen. Bei den vorigen Gemeinderatswahlen sind wir mit der freisinnigen Partei und den Bezirksvereinen, die lediglich auf wirtschaftlichem Boden stehen, gemeinsam in die Wahl eingetreten, das heißt, wir nahmen die Kandidaten von den Bezirksvereinen und den Freisinnigen auf unsere Liste, und diese wieder auf ihre Zettel Leute von uns. Jede Partei hatte ihren eigenen Zettel. Damals gelang es uns, zwei Genossen hereinzubekommen. Diesmal aber hat die nationalliberale Partei gesagt, es sei genug mit den zwei Genossen, ja selbst diese sollten aus der Gemeindevertretung hinaus. Die nationalliberale Partei hat mit den Freisinnigen, den Bezirksvereinen, den Ultramontanen und den Antisemiten frühzeitig sich in Verbindung gesetzt und sie in ihre Netze gezogen, so daß es voraussichtlich nicht möglich gewesen wäre, noch einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu bringen. Von den Bezirksvereinen splitterte aber eine Anzahl Mitglieder ab, sie empfanden das Vorgehen